

Hochschulpakt

- die Kultusministerkonferenz rechnet damit, dass die Studierendenzahlen bis Mitte des kommenden Jahrzehntes auf bis zu 2,7 Millionen ansteigt. Hintergrund ist zum einen, dass die Studierneigung generell steigen soll. Zum anderen führen die doppelten Abiturjahrgänge durch Verkürzung der Gymnasialzeit («Abitur nach zwölf Jahren») sowie das G8- Projekt in zahlreichen Bundesländern zu kurzfristig höheren Studierendenzahlen
- als Konsequenz der erwarteten höheren Studierendenzahlen haben sich der Bund und die Länder auf einen so genannten «Hochschulpakt» geeinigt
 - Bund und Länder haben sich darauf verständigt, bis 2010 zusätzliche 90.000 Studienplätze bereit zu stellen
 - Die neuen Länder, die laut KMK-Vorausberechnung einen Rückgang ihrer Studienanfängerzahlen um 63.000 in den Jahren 2011 bis 2015 erwarten, erhalten zur Kapazitätssicherung, und damit auch zur Entlastung der westdeutschen Flächenländer, weiterhin Pauschalen von Bund und Ländern
 - Der Bund stellt hierfür zusätzliche 179 Mio. € bereit
 - Die alten Flächenländer stellen fünf Prozent der ihnen vom Bund aus dem Hochschulpakt jährlich zufließenden Bundesmittel den neuen Ländern zur Verfügung.
 - Darüber hinaus werden die Referenzlinien für die neuen Länder, die bislang durch die Studienanfängerzahlen des Jahres 2005 definiert wurden, abgesenkt. Oberhalb dieser neuen Grenze werden zusätzliche Studienanfänger für die Verteilung der Bundesmittel berücksichtigt.
 - Die neuen Länder verpflichten sich, die Studienkapazitäten im Studienfach Medizin trotz der demographischen Entwicklung aufrechtzuerhalten

Die neuen Länder erhalten angesichts ihrer demographischen Besonderheiten in den Jahren 2007 bis 2010 eine Pauschale von insgesamt 15 % der vom Bund jährlich zur Verfügung gestellten Mittel.

Im Gegenzug verpflichten sie sich, die Studienanfängerzahlen auf der Basis des Jahres 2005 auch in den Folgejahren sicher zustellen.

Statistisches zur Info:

Im Vergleich zur Vorgängerprognose wird aufgrund der Schulzeitverkürzung die Zahl der potentiellen Nachfrager einer Ausbildung in Hochschulen und Berufsakademien (Studienberechtigten) nicht nur bis zum Jahr 2008, sondern bis 2011 um 21% gegenüber 2003 ansteigen. Die Zahl der wahrscheinlichen Studienanfänger wird dadurch im Jahr 2012 (Vorgängerprognose: 2009) ihren Höhepunkt erreichen und um bis zu 22% über dem Stand von 2004 liegen.

Die Anzahl der Studierenden insgesamt wird bis 2014 um bis zu 36% sowie die der Absolventen voraussichtlich bis 2019 um bis zu 53% deutlich zunehmen.

Danach kann - vornehmlich demografisch bedingt - von allmählich abnehmenden Entwicklungen ausgegangen werden, die durch die Schulzeitverkürzung im Vergleich zur Vorgängerprognose um 3-4 Jahre nach hinten verschoben werden.

Im Einzelnen sind folgende Entwicklungen zu erwarten:

Die Zahl der **Schulabsolventen mit Studienberechtigung** (Hochschulreife und Fachhochschulreife) wird von 370 000 (2003) auf voraussichtlich 446 000 (2011) ansteigen und danach auf 376 000 (2015) bzw. 356 000 (2020) sinken.

Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems des Wissenschaftsrates

Besondere Situation in den neuen Ländern

Die Neuen Länder stehen angesichts des bei ihnen absehbaren, massiven Rückgangs der Schulabsolventen vor einer Sondersituation. Dadurch, dass die Neuen Länder ihre Studienplatzkapazitäten trotz der Abnahme eigener Landeskinde weitgehend beibehalten, leisten sie einen wesentlichen und hervorhebenswerten Beitrag zu der Bewältigung der insgesamt steigenden Studienanfängerzahlen.

Finanzierung der Hochschulen sichern

Damit die Hochschulen alle Studienbewerber aufnehmen können, wird der Staat in den nächsten Jahren zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen müssen. Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, dass der zusätzliche Finanzbedarf in einer Größenordnung bleibt, der die staatlichen Haushalte - trotz der aktuell schwierigen Situation - nicht vor unlösbare Probleme stellt. Dazu Einhäupl. "Ich bin überzeugt, dass es kaum einen anderen Bereich gibt, in dem mit einer insgesamt überschaubaren Ausgabensteigerung so viel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes getan werden kann."